II. Innenpolitik/Aussenpolitik

Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/1396>

DOI: 10.4000/sjep.1396

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 janvier 1992

Number of pages: 87-95

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

« II. Innenpolitik/Aussenpolitik », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 11 | 1992,
Online erschienen am: 19 Mai 2013, abgerufen am 08 September 2020. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/1396> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/sjep.1396>

II. Innenpolitik / Aussenpolitik

1. Asylpolitik

Die schweizerische Asylpolitik stützt sich auf das Asylgesetz von 1979, welches 1983, 1987 und 1990 revidiert wurde sowie auf die Verordnungen zum Asylgesetz. Ziel der Gesetzesrevisionen und der neuen Verordnungen war jeweils eine weitere Beschleunigung des Asylverfahrens. Das asylpolitische Aktionsprogramm des Bundesrates für 1991/92 will das Asylverfahren noch weiter straffen und den Trend der stetig wachsenden Asylgesuche umkehren. Die wichtigsten Punkte des Programms sind: ein Asylentscheid innerhalb von sechs Monaten, ein sechsmonatiges Arbeitsverbot für die Gesuchsteller, konsequente Wegweisung abgewiesener Asylbewerber. Ein Bericht des BIGA über die Konzeption der Ausländerpolitik der neunziger Jahre tangiert auch die Asylpolitik. Er teilt das Ausland in drei Kreise ein; die Länder der dritten Welt sind in diesem Modell als Rekrutierungsgebiet für Arbeitsbewilligungen in der Schweiz ausgeschlossen.

Die achtziger Jahre sind geprägt durch ein massives Ansteigen der weltweiten Migrationsbewegungen, ausgelöst durch Kriegswirren, Armut und Hoffnungslosigkeit in bezug auf Zukunftsaussichten und Entwicklungsmöglichkeiten zahlreicher Menschen in den Ländern der Dritten Welt sowie der ehemaligen Ostblockstaaten. Der weitaus grösste Teil der Flüchtlinge aus Entwicklungsländern flieht in die jeweilig umliegenden Länder der Dritten Welt. Ein kleiner Teil nur schafft die - kostspielige - Flucht in die Länder des Nordens. Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge schätzt die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf 15 Millionen Menschen.

Kraft trat, wuchs die Zahl der Pendenzen auf insgesamt 57'910 (im Vorjahr 40'106) (1).

1990 wurden insgesamt 11'923 Asylverfahren abgeschlossen, davon 8'828 mit Wegweisung. Insgesamt 6'643 Personen erhielten eine Aufenthaltsbewilligung oder ihr Aufenthalt wurde weiterhin geduldet. 883 Personen erhielten Asyl. 4'879 abgewiesene Asylbewerber erhielten eine fremdenpolizeiliche Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen. Bis Ende August 1991 ging mit 28'530 neuen Gesuchen der Zuwachs weiter (plus 43 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode mit 19'893 neuen Gesuchen). Infolge der Straffung des Asylverfahrens wurden mit 23'167 Entscheiden jedoch mehr als doppelt so viele Gesuche in erster Instanz erledigt als in der Vorjahresperiode (10'294).

Ende 1990 hielten sich insgesamt 99'996 Personen in der Schweiz auf, die im Rahmen der Asylgesetzgebung über eine Aufenthaltsberechtigung verfügen, oder als ehemalige Asylbewerber gestützt auf das Ausländergesetz eine Aufenthaltsbewilligung erhalten haben. Davon sind

- 28'578 anerkannte Flüchtlinge
- 1'009 vorläufig Aufgenommene und Internierte
- 8'652 humanitäre Bewilligungen
- 2'704 ehemalige Asylbewerber mit Aufenthaltsbewilligung
- 1'143 Tolerierte, abgewiesene Asylbewerber
- 57'910 Asylbewerber, deren Gesuch noch nicht entschieden ist.

Diese 99'996 Personen stellen im Vergleich zur übrigen ständigen ausländischen Wohnbevölkerung 9,1 Prozent der Ausländer dar.

Bericht über eine neue Ausländerpolitik

Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit veröffentlichte zusammen mit dem Bundesamt für Ausländerfragen im April 1991 einen "Bericht über Konzeption und Prioritäten der schweizerischen Ausländerpolitik der neunziger Jahre", welcher sich auch mit Fragen der Asylpolitik befasst. Anlass für den Bericht war ein Postulat, welches bei der Behandlung des Berichts "Strategie für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der neunziger Jahre" (2) eine weitere Analyse der Ausländerpolitik mit Schwerpunkt auf den schweizerischen Arbeitsmarkt verlangt hatte. Der Migrationsdruck aus Ländern der Dritten Welt sowie Mittel- und Osteuropas wird noch mehr zunehmen, hält der Bericht fest, und weiter: "Schon bisher war klar, dass die Kanalisierung und Begrenzung von Wanderungsströmen die einzige mögliche Reaktion auf den Migrationsdruck war. Dieser Migrationsdruck kann nicht bewältigt werden, indem man ihm nachgibt. Daher ist es auch ausgeschlossen, irregulären Migranten reguläre Bewilligungen für eine zeitlich befristete Wohnsitznahme und Erwerbstätigkeit in der Schweiz zu geben..... Asylbewerber verursachen - im Unterschied zu den regulär einreisenden

Ausländern - einen grossen Betreuungsaufwand, der je länger je mehr alle beteiligten Institutionen überfordert Rund 95 Prozent der Asylgesuche werden abgewiesen. Trotzdem bleibt rund die Hälfte der abgewiesenen Asylbewerber in der Schweiz " (S. 59/60).

Der Bericht schlägt vor, die künftige Ausländerpolitik gemäss einem Modell der drei Kreise anzugehen, welches das Ausland in Rekrutierungsgebiete für den Schweizer Arbeitsmarkt aufteilt. Der innerste Kreis betrifft die Länder der EG und der EFTA und sieht die freie Mobilität der Arbeitskräfte vor. Der zweite Kreis betrifft Länder mit restriktiver Zulassung zum Schweizer Arbeitsmarkt. Es sind dies insbesondere die USA, Kanada, Australien und Neuseeland, "evtl. Jugoslawien". Der äusserste Kreis betrifft den Rest der Welt, womit auch sämtliche Staaten der Dritten Welt von einem Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt praktisch ausgeschlossen sind. Jugoslawien, das im Bericht als mögliches Rekrutierungsland auch weiterhin mit Arbeitsbewilligungen rechnen konnte, wurde im September 1991 durch einen Bundesratsbeschluss in den äussersten Kreis eingeteilt, was angesichts der schwierigen Lage aufgrund des herrschenden Bürgerkriegs kritisiert wurde: Der Beschluss, keine jugoslawischen Saisoniers mehr aufzunehmen, belaste direkt und unnötigerweise das Asylverfahren.

Lösungsansätze zur Bewältigung der Migrationsströme sieht der Bericht in drei Bereichen:

- a. Massnahmen zur Bekämpfung der Ursachen der Migration in den Herkunftsländern im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.
- b. "Massnahmen zur Verhinderung irregulärer Migrationen: Die Zutrittskontrollen an den Aussengrenzen eines liberalisierten europäischen Arbeitsmarktes sind zu verstärken" (S. 88).
- c. Die Informationen über die Flüchtlingsgründe und -chancen sind in den Herkunftsländern wie in den Zielländern von Wanderungsbewegungen auszubauen.

Kritik am Modell der drei Kreise

Die im Bericht vorgelegte Konzeption wird von der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas als Diskriminierung der Dritten Welt abgelehnt. Der Ansatz der neuen Ausländerpolitik sei rein wirtschaftlich ausgerichtet und vernachlässige Aspekte flüchtlings- oder entwicklungspolitischer Natur gänzlich. Durch das rein defensive Verhalten der Arbeitsmarktpolitik werde der ganze Migrationsdruck auf die Asylpolitik abgewälzt. Der "Missbrauch" des Asylverfahrens sei ja der deutliche Reflex der fehlenden Zulassungschancen im ordentlichen Ausländerrecht. Die Arbeitsgemeinschaft plädiert für ein Zwei-Kreis-Modell, wobei der eine Kreis das europäische Umfeld mit einer freizügigen Regelung umfasst und der andere Kreis die übrige Welt mit beschränkten Zulassungsmöglichkeiten je nach Land und Situation. Dadurch soll beispielsweise Raum für die Aufnahme von Gewaltflüchtlings (Tamilen, Kurden) geschaffen werden. Die vermehrte Bekämpfung der Ursachen für Völkerwanderungen in

den Herkunftsländern wird aus entwicklungspolitischer Sicht begrüsst. Allerdings müssen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und ein spezieller Rahmenkredit eröffnet werden, damit die Entwicklungshilfegelder nicht auf Kosten anderer Entwicklungsländer umgeleitet werden.

In der parlamentarischen Debatte wurde das Drei-Kreise-Modell des Berichtes von verschiedener Seite als problematische Diskriminierung bezeichnet, laufe die Schweiz doch damit Gefahr, Menschenrechte zu verletzen. Obwohl der Bericht die Arbeitsmarktpolitik als Inhaltsschwerpunkt hat, debattierte das Parlament besonders die asylpolitischen Vorschläge des Berichts. CVP, SP und Grüne lehnen das Drei-Kreise-Modell wegen seiner Abschottung gegenüber den Entwicklungsländern mehrheitlich ab.

Asylpraxis

Erklärtes Ziel der Asylpraxis 1990/91 war der Abbau der Zahl der hängigen Gesuche sowie eine Trendumkehr bei den neuen Gesuchen. Ausdruck dafür waren beispielsweise Pressekonferenzen des Bundesamtes für Flüchtlinge im Juli, August und September 1991, aus Anlass dafür, dass in den betreffenden Monaten erstmals mehr Gesuche erledigt wurden als neue eingegangen sind. Diese Fixierung auf die Statistik der Asylgesuche prägt die Asylpraxis der letzten Jahre und drückt gleichzeitig auch die Ratlosigkeit gegenüber grundsätzlichen Lösungsansätzen aus.

Besorgt über die Auswirkungen des beschleunigten Asylverfahrens seit Inkrafttreten des dringlichen Bundesbeschlusses am 1. Juli 1990 richtete amnesty international Schweiz im November 1990 einen Appell an den Bundesrat. Insbesondere sollen die Hilfswerkvertreter wieder zu den Befragungen an den Empfangsstellen zugelassen werden. Das für die Befragungen rekrutierte Personal solle Mindestqualifikationen erfüllen, um eine Gleichbehandlung der Asylbewerber zu gewährleisten. Der Kanton Waadt suchte beispielsweise "frisch pensionierte Rentner und Hausfrauen für Halbtagsstellen" zur Durchführung von Befragungen (ai magazin 1/91). Die Erstbefragungen der Asylbewerber werden nach Ansicht von ai Schweiz nicht mit der nötigen Sorgfalt durchgeführt, obwohl seit Inkrafttreten des dringlichen Bundesbeschlusses bereits die Erstbefragungen zu einem Nichteintretensentscheid führen können.

Asylpolitische Massnahmen und Ereignisse

- Besondere Publizität begleitete die Zwangsausschaffung von mehreren türkischen Familien, in der Mehrzahl Kurden, im Februar 1991, die sich im Kanton Obwalden aufgehalten hatten. Der Bundesrat lehnte einen generellen Rückschaffungsstopp für Kurden ab und verfügte die Ausschaffung trotz einer breiten Solidarisierung mit den asylsuchenden Familien im Friedensdorf Flüeli-Ranft.
- Der Bundesrat verlangte im Februar 1991 die Abklärung eines Einsatzes der Armee zur Verstärkung des Grenzwachtkorps zur Abwehr von einreisenden

Flüchtlingen, welche umgehend in die Nachbarländer zurückgewiesen werden, falls sie sich bereits dort aufgehalten haben und vor Verfolgung sicher sind. Weiter soll eine militärisch betreute zusätzliche Infrastruktur geschaffen werden, für die Unterbringung im Fall von "ausserordentlichen Flüchtlingsströmen".

- Anschläge auf Unterkünfte von Asylgesuchstellern mehrten sich im Berichtsjahr. Verschiedene Flüchtlingsorganisationen, Hilfswerke und die SPS forderten in Zusammenarbeit mit dem Bund eine Informationskampagne gegen die zunehmende Fremdenfeindlichkeit.
- Die GPK des Nationalrates forderte die Asylbehörden zu vermehrter Sorgfaltspflicht bei Gesuchsbehandlung auf. Am Beispiel von abgewiesenen Asylbewerbern aus der Türkei, welche nach ihrer Rückkehr verhaftet wurden, kritisiert die GPK die passive Haltung des Bundesamtes für Flüchtlinge und wünschte eine aktivere Rolle des Bundes zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit abgewiesener Asylbewerber (3). Auch die GPK fordert die Zulassung von Hilfswerkvertretern zu den Befragungen an den Empfangsstellen. Diese Forderung wurde in der Junisession 1991 in Form eines Postulats (Longet, SP, GE) überwiesen. Die GPK kontrolliert regelmässig die Rechtmässigkeit von Asylentscheiden und zwar solange, bis die im revidierten Asylrecht vorgesehene unabhängige Beschwerdeinstanz ihre Arbeit aufnimmt. Die Schaffung dieser Asylrekurskommission hat der Bundesrat für April 1992 angekündigt. Die GPK räumt ein, dass das Bundesamt für Flüchtlinge eine schwierige Aufgabe zu erfüllen habe und unter der doppelten Anforderung stehe, möglichst viele Entscheide zu fällen und dabei rechtsstaatlich richtige Beschlüsse zu fassen.
- Die rechtsstehenden "Schweizer Demokraten" haben eine Volksinitiative "für eine vernünftige Asylpolitik" lanciert, welche eine sehr weitgehende weitere Beschränkung der Rechte von Asylsuchenden zum Ziel hat.
- Mit einer weiteren Personalaufstockung verfügt das Bundesamt für Flüchtlinge über die Kapazität, jährlich rund 40'000 Gesuche zu behandeln.
- Die vom Bundesrat erstellte Liste der vor Verfolgung sicheren Länder ("safe countries") umfasste im September 1991 Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Indien, Algerien. Auf Asylgesuche aus diesen Ländern wird nicht eingetreten.
- Im Juni 1991 entschied der Bundesrat, im Zuge der Straffung des Asylverfahrens, dass Asylentscheide im Normalfall nur noch summarisch begründet werden. Eine Gruppe von Rechtsfachleuten äusserte in einem Schreiben an den Bundesrat Kritik an diesem Vorgehen, weil sie damit das Recht verletzt sehen, insbesondere das aus Art. 4 BV abgeleitete Verbot der formellen Rechtsverweigerung.
- Im September 1991 beschloss das Waadtländer Kantonsparlament die Aufhebung des Asylgesetzes und die Einführung von Kontingenten für Asylsuchende. Das Aargauer Parlament befürwortete eine Standesinitiative, die den Bundesrat auffordert, das Asylgesetz weiter zu verschärfen. U.a. solle nicht mehr auf Asylgesuche von illegal Eingereisten (das ist die grosse

Mehrheit der Asylsuchenden) eingetreten und diese unmittelbar wieder ausgeschafft werden. Das Luzerner Kantonsparlament reichte ebenfalls eine Standesinitiative zur Straffung der Asylpolitik ein, allerdings eine moderatere als diejenige des Kantons Aargau. Luzern verlangte einen erstinstanzlichen Asylentscheid innerhalb von sechs Monaten sowie einen angemessenen Spielraum für die Kantone beim Vollzug der Ausschaffung zur Lösung von Härtefällen.

Anmerkungen

1. Wichtigste Neuerung der dritten Gesetzesrevision ist die Einteilung der Gesuchsteller in vier Kategorien sowie die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdeinstanz. Vgl. die ausführlichen Angaben im Jahrbuch 1991.
2. Interdepartementale Strategiegruppe EJPD/EDA/EVD: Strategie für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre", Bern, Januar 1989. Dieser Bericht wurde ausführlich behandelt im Jahrbuch 1990.
3. Zwischenbericht der GPK des Nationalrates zur Asylpraxis, besprochen in: Tages-Anzeiger und NZZ, 7.2.1991.

Quellen

Bundesamt für Flüchtlinge (EJPD), Asylstatistik 1990

BIGA, Bundesamt für Ausländerfragen: Bericht über Konzeption und Prioritäten der schweizerischen Ausländerpolitik der neunziger Jahre, Bern, April 1991

Richard Gerster, Ausländer- und Flüchtlingspolitik auf Kosten der Aermsten ? in: NZZ, 8./9.6.1991

ai magazin 1/91

NZZ, 6.12.1990, 7.2., 14.2., 11.6., 11.9., 24.9., 25.9.1991

Tages-Anzeiger, 28.6., 5.9.1991

2. Kapitalflucht

Marcos – Philippinen

Im März 1986 waren 500 Millionen Dollar, die von Angehörigen und Nahestehenden des früheren Staatspräsidenten der Philippinen, Ferdinand Marcos, in die Schweiz gebracht worden waren, auf Schweizer Bankkonten blockiert worden. Seither laufen in mehreren Schweizer Kantonen Rechtshilfeverfahren der Schweiz mit den Philippinen. In jedem der betroffenen Kantone können Rekurse eingelegt werden, anschliessend beim Bundesgericht, und zwar in jeder Phase des Rechtshilfeverfahrens (d.h. bei der Aufhebung des Bankgeheimnisses, bei

der Übergabe von Bankunterlagen an die Justizbehörden der Philippinen, sowie bei der Übergabe der Guthaben).

Im Dezember 1990 hat das Bundesgericht die Übergabe von Bankunterlagen an die Philippinen genehmigt. Zum anderen hat es die Bedingungen für die Rückgabe der Gelder festgesetzt. Ein Strafverfahren mit dem Ziel der Beschlagnahmung der Gelder sollte vor dem 21. Dezember 1991 gegen die Marcos-Angehörigen eingeleitet werden, sonst würden die auf Konten in der Schweiz deponierten Guthaben freigegeben. Ferner müssten die Verteidigungsrechte der Angeklagten beim Verfahren gewährt werden.

Ein Teil der für die Anklage unerlässlichen Bankunterlagen aus Zürich und Freiburg wurden im Januar 1991 an die Philippinen überwiesen. Die Genf betreffenden Unterlagen wurden erst im Juni 1991 überwiesen, als der Rechtsanwalt der Marcos-Familie die Rekurse bei der Anklagekammer in Genf zurückgezogen hatte. Die Rückkehr der Witwe des Ex-Präsidenten Ferdinand Marcos in die Philippinen war von der philippinischen Regierung aus Gründen der internen Staatssicherheit mehrere Jahre lang verboten worden. Im Juni 1991 hat die Staatspräsidentin Corazon Aquino die Rückkehr von Imelda Marcos genehmigt, um die Eröffnung des Gerichtsverfahrens zu ermöglichen. (Die Rückkehr erfolgte Anfang November 1991.)

Mali

Die Regierung Moussa Traore wurde Ende März 1991 gestürzt. Nach der Verhaftung des früheren Präsidenten hat die neue Regierung Malis die Schweiz um Hilfe gebeten, um die Höhe der von Moussa Traore möglicherweise ins Ausland geschafften Gelder zu ermitteln. Zum ersten Mal in der Schweiz wird die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe die mit dem Rechtshilfeverfahren verbundenen Anwaltskosten übernehmen. (Es handelt sich dabei um die gleichen Anwälte, welche die Interessen der Philippinen in der Marcos-Affaire verteidigen.)

Bekämpfung der Kapitalflucht

Einige Hilfswerke haben seit langem die Tatsache angeprangert, dass Fluchtgelder, insbesondere aus den Entwicklungsländern, so leicht in die Schweiz gebracht werden können. Im Februar 1991 wurde von der Erklärung von Bern und der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt eine Kampagne unter dem Motto "Für eine Schweiz ohne Fluchtgelder" eingeleitet, die seit Herbst 1991 von über hundert Entwicklungshilfeorganisationen, Parteien, Gewerkschaften und Kirchenverbänden unterstützt wird. Nach Ansicht dieser Organisationen trägt die Schweiz einen Teil der Verantwortung für das Problem der Kapitalflucht, welche schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft der Entwicklungsländer hat. Auch wurde die Langsamkeit des Rechtshilfeverfahrens mit den Philippinen kritisiert.

In ihrem **"Manifest für eine Schweiz ohne Fluchtgelder"** fordern die Organisationen, dass die Schweiz Rechtshilfe für Fälle von Steuerhinterziehung oder bei Nichteinhaltung von Wirtschafts- und Währungsbestimmungen gewäh-

ren solle, was heute nicht der Fall ist. Das Rechtshilfeverfahren sollte beschleunigt werden und maximal sechs Monate dauern. Der Bundesrat sollte bei Rechtshilfegesuchen, die das Vermögen gestürzter Staatsechefs betreffen, direkt entscheiden. Die Möglichkeiten der Einsprucherhebung sollten beschränkt werden. Die Statistik über die Einlagen in der Schweiz sollte verbessert werden, da die Schweizerische Nationalbank lediglich Angaben über Guthaben bei Schweizer Banken oder Treuhandanlagen (d.h. von den Banken für ihre Kunden getätigte Geschäfte) veröffentlicht. Es wird mehr Transparenz durch die Herausgabe von Statistiken über Wertpapierdepots (Aktien und Obligationen) und Vermögensverwaltung verlangt. Schliesslich fordert das Manifest, dass das Abkommen über die Sorgfaltspflicht der Banken in die schweizerische Gesetzgebung aufgenommen wird. Dieses Abkommen des Schweizerischen Bankierverbandes verbietet eine aktive Unterstützung bei Kapitalflucht. Die Konvention erlaubte es den Bankkunden, durch Anwendung des "Formulars B" ihre Anonymität zu wahren, indem sie sich hinter Mittelsmännern verbargen, die dem Berufsgeheimnis unterworfen waren (Rechtsanwälte, Notare, Treuhandgesellschaften). Die Verwendung dieses Formulars wurde Ende April 1991 verboten, um der am 1. August 1990 in Kraft getretenen Änderung des schweizerischen Strafgesetzbuches Rechnung zu tragen. Gemäss den Strafgesetzbuchbestimmungen können von jetzt an diejenigen bestraft werden, die die Identifikation, Entdeckung oder Beschlagnahme von Vermögenswerten krimineller Herkunft beeinträchtigen. Wer es unterlässt, die Identität des wirtschaftlichen Anspruchsberechtigten (das heisst des eigentlichen Kunden) zu überprüfen, macht sich ebenfalls strafbar.

Dieses "Gesetz über Geldwäscherei und mangelnde Wachsamkeit bei Finanzgeschäften" stellt für den Bundesrat lediglich einen ersten Schritt bei der Verstärkung des Kampfes gegen die Kapitalflucht dar. Das Gesetz wird durch die weitergehende Möglichkeit ergänzt werden, Geldsummen zweifelhaften Ursprungs zu beschlagnahmen und die Mitgliedschaft in kriminellen Organisationen bzw. deren Unterstützung zu bestrafen. Der letztgenannte Aspekt war nach dem Konsultationsverfahren über die obige neue Strafrechtsnorm fallengelassen worden. Der Bundesrat bereitet ferner eine Revision des Rechtshilfegesetzes vor, um das Rechtshilfeverfahren zu beschleunigen.

Eine von Rosmarie Dormann (CVP/LU) am 21. März 1991 im Nationalrat eingereichte Motion fordert ebenfalls eine Revision des Rechtshilfegesetzes, in der die wichtigsten Forderungen des Manifests der Organisationen (Rechtshilfe bei Steuerhinterziehung, Beschleunigung des Rechtshilfeverfahrens) berücksichtigt werden.

Quellen

Manifeste pour une Suisse sans capitaux en fuite, Déclaration de Berne et Action Place financière Suisse-Tiers Monde, 1991

DEH-Pressedienst

Le Courrier, 16./17.3., 5.11.1991

NZZ, 19./20.1., 9./10.3., 20.3., 23.4., 13.5., 31.5., 4.6., 6.6., 12.6., 12.8.1991